



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. August 1991
11. Jahrgang, S. 200 – 221
ISSN 0177-1868

8

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	200
Fristenkontrolle im Prozeßverfahren	201
– Büroorganisation (BGH, Beschl. v. 19. 2. 1991 – VI ZB 2/91)	
Sozietätshaftung	205
– nach Sozietätstrennung – Anscheinsvollmacht – Praxisschilder, Briefbögen (BGH, Urt. v. 24. 1. 1991 – IX ZR 121/91 – WM 1991, 743)	
Rechtsberatung	207
– Unternehmensberater – Schuldenregulierung (OLG München Beschl. v. 18. 12. 1990 – 3 Ob OWi 132/90)	
Haftung des Steuerberaters	211
– Schaden – Vermögenslage bei pflichtgemäßem Handeln – Erhebung der Verjährungseinrede (OLG Hamburg Urt. v. 25. 1. 1991 – 1 U 82/90)	
GI Hinweise	215

GI Leitsätze

Rechtsberatung / Wohnungsverwalter / Prozeßführung des Verwalters

1. Die Prozeßführung eines WEG-Verwalters, der nicht selbst Wohnungseigentümer ist, ohne Einschaltung eines Rechtsanwalts als Prozeßbevollmächtigten verstößt gegen das Rechtsberatungsgesetz und ist unzulässig, sofern das Verfahren nicht persönliche Ansprüche oder Verpflichtungen des Verwalters zum Gegenstand hat.
2. Der WEG-Verwalter ist nach § 157 ZPO von der mündlichen Verhandlung vor Gericht ausgeschlossen. Dies hindert weder das Einreichen von Schriftsätzen noch die Heranziehung des Verwalters durch das Gericht als Beteiligten.
3. Das Versprechen einer Vergütung in Höhe der Rechtsanwaltsgebühren an den WEG-Verwalter für dessen Prozeßführung ist unwirksam.
4. Pauschalvergütungen anderer Prozeßvertreter als Rechtsanwälte und Rechtsbeistände gehören weder nach § 91 ZPO noch nach § 47 WEG zu den notwendigen außergerichtlichen Kosten der zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung.

(KG Berlin Beschl.v. 19.12.1990 – 24 W 5932/90 – AnwBl 1991, 348)

Haftung d. Rechtsanwaltes / Verjährung d. Schadenersatzanspruchs / Belehrungspflicht

Eines Hinweises des Rechtsanwalts gegenüber seinem Mandanten darauf, bei der Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen ihn die dreijährige Verjährungsfrist des § 51 BRAO zu beachten, bedarf es dann nicht, wenn der Mandant Schadenersatzansprüche bereits ausdrücklich angemeldet hat und aufgrund der konkreten Situation des Rechtsanwalts darauf vertrauen durfte (hier: geschäftserfahrene Kaufleute und Verjährungseintritt in zweieinhalb Jahren), daß keine ernsthafte Gefahr bestehe, der Mandant werde die Ansprüche verjähren lassen.

(LG Hagen Urt.v. 21.10.1989 – 19 O 211/88 – NJW RR 91, 541)

Neue Bundesländer / Eigentum / Verfahrensfragen

Nach Anmeldung seiner Ansprüche kann der nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen Berechtigte dem Pächter des rückzuübertragenden Grundstücks durch einstweilige Verfügung die Unterlassung aller Umbauarbeiten, die nicht der notwendigen Unterhaltung dienen, untersagen lassen. (BezG Magdeburg Urt.v. 14. 3. 1991 – 4 S 2/91, rkr – ZIP 1991, 546)

Fristenkontrolle im Prozeßverfahren

– Büroorganisation

(BGH Beschl. v. 19. 2. 1991 – VI ZB 2/91)

Leitsatz:

Wird einem Rechtsanwalt eine Sache zur Unterzeichnung eines Antrages auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist vorgelegt, so hat er den Ablauf der Frist auch dann eigenverantwortlich nachzuprüfen, wenn ihm die Akten nicht mit vorgelegt worden sind.

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Rechtsanwalt muß den Ablauf einer Frist, die von Gerichtsferien beeinflusst wird, grundsätzlich selbst bestimmen (ständige BGH-Rechtsprechung).
2. Der Anwalt kann sich grundsätzlich darauf verlassen, daß sein Büropersonal auch mündlich erteilte Weisungen befolgt, wenn diese genügend klar und präzise gefaßt sind.

Aus den Gründen:

I.

- II. Die form- und fristgerecht eingelegte und auch sonst zulässige sofortige Beschwerde ist nicht begründet.

1. Der Kläger hat folgenden Sachverhalt vorgetragen und glaubhaft gemacht.

Die geschulte, zuverlässig arbeitende und regelmäßig überwachte Büroangestellte Manuela M., der in der Kanzlei der Prozeßbevollmächtigten des Klägers, Rechtsanwältin S., die Fristenberechnung und -überwachung zur selbständigen Erledigung übertragen war, hatte als Frist zur Einreichung der Berufungsbegründung im Terminkalender zunächst den 6. 9. 1990 eingetragen. Sie war daraufhin von Rechtsanwältin S. angewiesen worden, die Frist „umzunotieren“.

weil es sich nicht um eine Feriensache handele. Fräulein M. hatte nunmehr die Frist auf den 16. 10. 1990 eingetragen. Da Rechtsanwältin S. am 13. 10. 1990 einen Urlaub antreten wollte und die Sache vorher nicht mehr bearbeiten konnte, bat sie am Nachmittag dieses Tages Fräulein M., einen Fristverlängerungsantrag anzufertigen. Dieser wurde von der Auszubildenden P. geschrieben, die sich bei der Datierung an dem Fristenkalender orientierte und das Schreiben deshalb mit dem Datum des 16. 10. 1990 versah. Mit dieser Angabe und dem Text „... beantragen wir, die am heutigen Tag erstmals ablaufende Frist zur Vorlage der Berufungsbegründung um einen Monat zu verlängern“ wurde der Schriftsatz von Rechtsanwältin S. unterzeichnet. Sie gab im Empfang der Anwaltskanzlei die Anweisung, das Gesuch beim nächsten Gerichtsgang beim Berufungsgericht einzureichen. Der Verlängerungsantrag befand sich am Montag, dem 15. 10. 1990, im sog. „Gerichtskörbchen“ des Anwaltsbüros, wurde aber von demjenigen, der an diesem Tage die Post zum Gericht brachte, nicht mitgenommen, und zwar offensichtlich deshalb, weil das Schreiben das Datum des 16. 10. 1990 trug. So wurde der Antrag erst am Tage seiner Datierung bei Gericht eingereicht.

2. Auf dieser tatsächlichen Grundlage hat das Berufungsgericht dem Kläger die beantragte Wiedereinsetzung mit Recht verweigert. Der Kläger war nicht, wie nach § 233 ZPO für die Gewährung der Wiedereinsetzung erforderlich, ohne Verschulden verhindert, die Frist zur Begründung der Berufung einzuhalten. Denn seine Prozeßbevollmächtigte trifft an der Versäumung ein Verschulden, das sich der Kläger gemäß § 85 Abs. 2 ZPO zurechnen lassen muß.

- a) Nicht unbedenklich ist allerdings die Ansicht des Berufungsgerichts, Rechtsanwältin S. habe schon dadurch gegen ihre anwaltlichen Sorgfaltspflichten verstoßen, daß sie Fräulein M. lediglich angewiesen habe, die fälschlich auf den 6. 9. 1990 eingetragene Begründungsfrist „umzunotieren“, ohne ihr die Frist genau anzugeben. **Zwar ist ein Rechtsanwalt dann, wenn der Lauf einer Frist von den Gerichtsferien beeinflusst wird, grundsätzlich gehalten, den Ablauf der Frist selbst zu bestimmen** (BGH, Beschlüsse vom 10. 1. 1979 – VIII ZB 57/78 – VersR 1979, 368, 369 und vom 27. 6. 1985 – III ZB 2/85 – VersR 1985, 889). Im Streitfall waren aber, nachdem Rechtsanwältin S. gegenüber Fräulein M. den Rechtsstreit klar als Nicht-Feriansache bezeichnet hatte, zur Bestimmung des Ablaufs der Begründungsfrist keine schwierigen Berechnungen anzustellen, da die Frist gemäß § 223 Abs. 1 Satz 3 ZPO erst mit dem Ende der Gerichtsferien

begann, ihr Ablauf also weder ganz noch teilweise in die Ferien fiel. Ob die Übertragung der Fristberechnung auf Fräulein M. deshalb hier zu vertreten war (s. dazu BGH, Beschlüsse vom 10. 1. 1963 – II ZB 11/62 – VersR 1963, 266 und vom 26. 11. 1984 – II ZB 4 + 5/84 – VersR 1985, 168), kann aber letztlich dahinstehen. Denn die Prozeßbevollmächtigte des Klägers hat, wie sogleich auszuführen ist, jedenfalls in anderer Hinsicht gegen ihre anwaltlichen Sorgfaltspflichten verstoßen.

- b) Mit Recht legt das Berufungsgericht **der Rechtsanwältin zur Last, daß sie den Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist unbeanstandet mit dem falschen Datum des 16. 10. 1990 unterzeichnet und damit schuldhaft eine Ursache für die Fristversäumung gesetzt hat.**
- aa) Bei dem Verlängerungsantrag handelte es sich, wie das Berufungsgericht zutreffend ausführt, um eine fristwahrende Prozeßhandlung; er mußte, damit ihm stattgegeben werden konnte, vor Ablauf der Berufungsbegründungsfrist bei Gericht eingegangen sein. **Bei solchen fristgebundenen Handlungen hat der Rechtsanwalt nach ständiger Rechtsprechung den Fristablauf eigenverantwortlich nachzuprüfen, wenn ihm die Sache zur Vorbereitung der betreffenden Prozeßhandlung vorgelegt wird** (Senatsbeschlüsse vom 1. 6. 1976 – VI ZB 23/75 – VersR 1976, 962, 963 und vom 2. 11. 1976 – VI ZB 7/76 – VersR 1977, 255). Dies gilt nicht nur, wie die Beschwerdebegründung meint, wenn dem Anwalt zugleich auch die **Akten** vorgelegt werden, was allerdings in Fällen einer Vorlage zur Fertigung der Rechtsmittelbegründung regelmäßig miteinander verbunden sein wird. Soweit deshalb in Entscheidungen des Bundesgerichtshofes auf die Vorlage der Akten abgehoben wird (s. etwa Senatsbeschluß vom 12. 7. 1983 – VI ZB 6/83 – VersR 1983, 988 f. m.w.N.), geschieht dies nicht, um zwischen den „Akten“ und der „Sache“ zu unterscheiden, sondern um sachgerecht dahin zu differenzieren, ob die Akten zur Vorlage der fristwahrenden Prozeßhandlung oder aus sonstigen Gründen vorgelegt worden sind. **Da der rechtzeitige Eingang eines Fristverlängerungsantrages bei Gericht für die Zulässigkeit des Rechtsmittels von gleich großer Bedeutung ist wie die fristgerechte Begründung selbst, kann sich der Anwalt seiner Pflicht zu eigenverantwortlicher Nachprüfung des Fristablaufs nicht schon dadurch entziehen, daß er den Antrag unterzeichnet, ohne sich die Handakten vorlegen zu lassen.**

Gegen die Pflicht zur eigenverantwortlichen Fristenprüfung hat Rechtsanwältin S. hier verstoßen; anderenfalls hätte sie am 13. 10. 1990 unschwer festgestellt, daß die Begründungsfrist bereits am 15. 10. 1990 ablaufen würde. Ihr Sorgfaltsverstoß wird umso deutlicher, als ein Ablauf der Berufungsbegründungsfrist am **16. 10. 1990** ungewöhnlich

erscheinen mußte und die Anwältin selbst darlegt, Anweisung gegeben hatte, für mehrere zum 15. 10. 1990 ablaufende Fristen die Gerichtsakten zu besorgen. Es sprach also vieles dafür, daß es sich bei der unter dem 16. 10. 1990 als „am heutigen Tage ablaufende Frist“ niedergelegten Berechnung um ein Büroversehen handelte, was wiederum zu besonderer Sorgfalt Anlaß gab (vgl. BGH, Beschluß vom 8. 2. 1979 – VII ZB 23/78 – VersR 1979, 376).

- bb) Der Sorgfaltsverstoß der Prozeßbevollmächtigten des Klägers wurde auch nicht, wie sie geltend macht, dadurch wieder behoben, daß die Anwältin am 13. 10. 1990 die Anweisung erteilte, den Verlängerungsantrag rechtzeitig zum Berufungsgericht zu bringen. **Freilich kann sich ein Anwalt grundsätzlich darauf verlassen, daß sein Büropersonal auch mündlich erteilte Weisungen befolgt, wenn diese genügend klar und präzise gefaßt sind** (Senatsurteil vom 6. 10. 1987 – VI ZR 43/87 – Gl 1988, 227 = VersR 1988, 185, 186). Gerade daran fehlte es aber hier. Denn Rechtsanwältin S. hat nach ihrem eigenen Vorbringen nicht etwa **einer bestimmten Bürokraft** die Weisung erteilt, den Verlängerungsantrag genau am 15. 10. 1990 zum Gericht zu bringen, sondern lediglich allgemein „im Empfang“ der Anwaltskanzlei die Anweisung gegeben, das Gesuch „beim nächsten Gerichtsgang“ bzw. „rechtzeitig“ zu überbringen. Selbst wenn es nahegelegen haben mag, diese Weisung auf den 15. 10. 1990 zu beziehen, so war doch von der Rechtsanwältin jedenfalls eine Unklarheit dadurch geschaffen worden, daß sie den Antrag unter dem 16. 10. 1990 unterzeichnet hatte, was leicht – wie dann auch geschehen – dahin verstanden werden konnte, daß er nicht schon vor dem eingesetzten Datum zum Gericht gelangen sollte.
- c) Da bereits die dargelegte Sorgfaltsverletzung der Prozeßbevollmächtigten des Klägers der Gewährung der Wiedereinsetzung entgegensteht, kommt es nicht mehr darauf an, ob ein weiterer Pflichtenverstoß auch darin liegt, daß die Anwältin ohne anderweitige Vorsorge darauf vertraut hat, das Berufungsgericht werde dem aus ihrer Sicht erst am letzten Tage eingereichten und deshalb erhöhten Sorgfaltsanforderungen unterliegenden Fristverlängerungsantrag ohne weiteres stattgegeben (vgl. dazu BGH, Beschlüsse vom 8. 10. 1986 – IV b ZB 82/86 – VersR 1987, 261 und vom 5. 7. 1989 – IV b ZB 53/89 – VersR 1989, 1064 ff.). Zwar handelte es sich um die erste Verlängerung; jedoch verlangt auch in einem solchen Fall § 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO „erhebliche Gründe“ für die Fristverlängerung, und dazu enthielt der Antrag keinerlei Angaben (s. auch BVerfG, Beschluß vom 28. 2. 1989 – 1 BvR 649/88 – NJW 1989, 1147).

Sozietätshaftung

- nach Sozietätstrennung
- Anscheinsvollmacht
- Praxisschilder, Briefbögen

(BGH, Urt. v. 24. 1. 1991 – IX ZR 121/91 – WM 1991, 743)

Leitsatz:

Der aus einer Sozietät ausgeschiedene Rechtsanwalt haftet neuen Mandanten nach den Grundsätzen der Anscheinsvollmacht, wenn sein Name weiter auf dem Praxisschild und den Briefbögen der Kanzlei erscheint und er nicht alle ihm zumutbaren Maßnahmen zur Beseitigung des Rechtsscheins ergriffen hat.

Aus den Gründen:

1. Derjenige, der eine Anwaltssozietät aufsucht und einen Auftrag erteilt, **will grundsätzlich das Mandat allen als Mitglieder der Sozietät erscheinenden Anwälten übertragen**. Der ihm gegenüber tretende Anwalt, der das Mandat annimmt, handelt dabei regelmäßig namens der Sozietät, verpflichtet also nicht nur sich persönlich, sondern auch die mit ihm zur gemeinsamen Berufsausübung verbundenen Kollegen (BGHZ 56, 355 [359] = WM 1971, 1386; 70, 247 [249] = WM 1978, 411; BGH, Urt. v. 29. 10. 1990 = NJW 1991, 49 [50]). Da für die Auslegung der beiderseitigen Willenserklärungen die äußeren Umstände, insbesondere die Verkehrsauffassung, maßgebend sind, gilt dies auch dann, wenn die Anwälte nur nach außen hin als Sozietät auftreten, obwohl nur eine Bürogemeinschaft oder ein Anstellungsverhältnis besteht oder sie aus sonstigen Gründen einen Nichtsozius in die Anwaltsfirma aufgenommen haben. In allen diesen Fällen müssen sie sich nach den von der Rechtsprechung herausgearbeiteten Grundsätzen der Anscheins- und Duldungsvollmacht an dem von ihnen gesetzten Rechtsschein festhalten lassen (BGHZ 70, 247 [249] = WM 1978, 411; BGH, Urt. v. 10. 3. 1988 = Gl 1988, 204 = WM 1988, 986 [987]; Urt. v. 17. 10. 1989 = Gl 1990, 73 = WM 1990, 188 [191]).
2. Erscheint der Name auch nach dem Ausscheiden auf dem **Praxisschild und den Briefbögen** der Kanzlei, tritt der Anwalt weiterhin dem einen Auftrag erteilenden Mandanten als Mitglied der Sozietät gegenüber. Da nach außen hin für den Rechtsverkehr eine Veränderung in der personellen Zusammensetzung des Anwaltsbüros nicht sichtbar geworden ist, muß er sich so behandeln lassen, als bestehe der bisherige Rechtszustand weiter.

Der III. Zivilsenat des Bundesgerichtshof hat im Urteil vom 10. 3. 1988 = WM 1988, 986 = Gl 1988, 204 einer Schadenersatzklage gegen den ehemaligen Sozius stattgegeben, weil dieser gestattet hatte, seinen Namen weiterhin in den Briefköpfen zu verwenden. Im Ergebnis gilt nichts anderes, wenn der Anwalt zwar seine Zustimmung nicht erteilt hatte, aufgrund eines ihm zuzurechnenden Verhaltens die Sozietät jedoch fortzubestehen schien.

- a) **Es gibt keine Vermutung für einen generellen Parteiwillen, den Auftrag nur den tatsächlich bei Vertragsschluß zur Sozietät gehörenden Anwälten zu erteilen.** Der Auftraggeber macht sich darüber in der Regel keine Gedanken. Er geht erfahrungsgemäß davon als selbstverständlich aus, daß die namentlich bezeichneten Personen zur Kanzlei gehören. Er will grundsätzlich die Erfahrung und den guten Ruf der Sozietät, der ihm in der Person aller genannten Mitglieder gegenübertritt, uneingeschränkt in Anspruch nehmen.
- b) Dem **die gemeinschaftliche Berufsausübung mit Kollegen beendenden Anwalt ist bewußt, daß die Sozietät nach außen hin scheinbar fort-dauert**, solange nicht die Merkmale beseitigt sind, die ihn als deren Mitglied ausweisen und sein Einverständnis mit dem Auftreten des Partners auch in seinem Namen kundtun. Die gesetzliche Regelung der Rechtsscheinsvollmacht (§ 170 – 172 BGB) läßt die Haftung des Vertretenen grundsätzlich so lange bestehen, bis der die Vertretungsbefugnis dokumentierende Akt durch eine nach außen in Erscheinung tretende Handlung beseitigt ist. Für die aus dem Rechtsgedanken dieser Vorschriften entwickelte Duldungs- und Anscheinsvollmacht gelten aus Gründen des Verkehrsschutzes entsprechende Anforderungen. Der Geschäftsherr genügt daher seinen Obliegenheiten nicht schon dadurch, daß er dem Vertreter dessen Handlungen intern ernstlich untersagt. **Er muß vielmehr im Rahmen des ihm Zumutbaren selbst die Handlungen vornehmen, die geeignet sind, den aus der früheren Bevollmächtigung erwachsenen Rechtsschein zu zerstören** (vgl. BGH, Urt. v. 9. 10. 1970 = WM 1971, 15 [16]; Soergel/Leptien, BGB 12. Aufl. § 167 Rdn. 22; Staudinger/Dilcher, BGB 12. Aufl. § 167 Rdn. 42) Bei Beendigung der Anwaltssozietät erscheint dies in besonderem Maße notwendig, weil das Praxisschild an der Hauswand sich an einen nicht begrenzten Adressatenkreis wendet und von einer Vielzahl von Personen wahrgenommen werden kann. Infolgedessen trifft den ausgeschiedenen Rechtsanwalt aufgrund des bisherigen Auftretens im Rechtsverkehr eine Obliegenheit zum eigenen Tätigwerden, wenn er einer vertraglichen Haftung aus Mandanten, die nach Beendigung der Sozietät angenommen wurden, entgehen will. Er muß den von ihm

mitbegründeten, nunmehr entstandenen Rechtsschein vermieden oder zerstören.

- c) **Das hat der Beklagte mit dem angeblichen Aufkleben eines schwarzen Streifens zwischen den Namen der früher verbundenen Rechtsanwälte nicht in der erforderlichen Weise getan.** Der Aussagewert eines solchen Streifens ist gering. Da das **Praxisschild** ansonsten unverändert erhalten blieb, war der Hinweis schon nach seinem äußeren Erscheinungsbild zu unauffällig. Zudem ist ein solcher Streifen inhaltlich wenig aussagekräftig und daher nicht geeignet, dem betroffenen Personenkreis die eingetretene Rechtsänderung zweifelsfrei verständlich zu machen. Der Schutz des gutgläubigen Dritten erfordert eine den Rechtsschein deutlich beseitigende Willenskundgebung.

Zudem blieb der Rechtsschein nicht auf das Praxisschild beschränkt. Er setzte sich in der Gestaltung der **Briefbögen** fort. Auf allen Schreiben und Schriftsätzen erschien der Beklagte als Partner der Sozietät. Allein mit dem Hinweis auf die mit Rechtsanwalt Sp. getroffene Vereinbarung, das Papier im Geschäftsverkehr nicht mehr ohne Streichung seines Namens zu verwenden, kann sich der Beklagte der Verantwortung für den nach außen entstandenen Eindruck des Fortbestands der gemeinsam geführten Kanzlei nicht entziehen. Seine vertragliche Haftung beruht darauf, daß er keine Vorsorge gegen den weiteren Gebrauch der Briefbögen im Geschäftsverkehr getroffen und damit auch insoweit Maßnahmen, die geeignet waren, sein Ausscheiden aus der Sozietät im Rechtsverkehr klarzustellen, versäumt hat.

Rechtsberatung

- Unternehmensberater
- Schuldenregulierung

(OLG München Beschl. v. 18. 12. 1990 – 3 Ob OWi 132/90
– wistra 1991, 191)

Leitsätze:

1. Ein Unternehmensberater, dem die Geschäftsführungsbefugnis einer Einzelfirma übertragen ist, besorgt mit der Regulierung von Schulden seiner Auftraggeberin nicht eigene, sondern fremde Rechtsangelegenheiten und bedarf deshalb der Erlaubnis nach Art. 1 § 1 Abs. 1 RBerG.
2. Die Regulierung von Schulden der Kunden einer Unternehmensberatungsfirma stellt keine Tätigkeit dar, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Ausübung der Unternehmensberatungstätigkeit steht.

Leitsätze (d.Verf.):

1. Es gehört begrifflich nicht zur Tätigkeit eines Unternehmensberaters, sich mit den Gläubigern seines Vertragspartners auseinanderzusetzen und Verhandlungen zur Regulierung von dessen Schulden zu führen.
2. Betriebswirtschaftliche und rechtliche Beratung stehen grundsätzlich selbständig und gleichrangig nebeneinander.
3. Rechtsbesorgende Tätigkeit setzt Sachkunde und Zuverlässigkeit voraus. Im Hinblick darauf wurden staatliche Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften geschaffen.

Aus den Gründen:

Das Amtsgericht ist zunächst zutreffend zu dem Ergebnis gekommen, daß das Verhalten des Betroffenen objektiv gegen Art. 1 § 1 Abs. 1, § 8 Abs. 1 Nr. 1 RBerG verstößt. Nach dieser Bestimmung handelt derjenige ordnungswidrig, der geschäftsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten besorgt, ohne im Besitz der nach Art. 1 RBerG erforderlichen Erlaubnis zu sein.

Die **Regulierung von Schulden** – hierzu zählt auch die Aufforderung an Gläubiger, Konkursanträge zurückzunehmen – fällt unter den Begriff „Besorgung von Rechtsangelegenheiten“, da sie das Ziel verfolgt und geeignet ist, Rechte zu verwirklichen oder zu gestalten (BGH, NJW 1988; 561 AnwBl. 1982, 108).

Der Betroffene hat hier auch **geschäftsmäßig** gehandelt, da er diese Tätigkeit, die dauernder Bestandteil seiner Beschäftigung war, selbständig ausübte.

Entscheidend ist, ob die hier besorgten Rechtsangelegenheiten für den Betroffenen **fremde oder eigene** waren. Fremd ist grundsätzlich jedes Recht, das dem, der es geltend macht, nicht zusteht. So hat der Senat in ständiger Rechtsprechung entschieden, daß eine Rechtsangelegenheit dann fremd ist, wenn sie die eigene Rechtsposition des Rechtsbegehrenden nicht betrifft (BayObLGSt 1985, 1 = NStZ 1985, 224; BayObLGSt 1984, 84 = MDR 1984, 1048). Die Frage der Fremdheit ist dabei vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu betrachten. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Rechtsangelegenheiten zwischen der Firma H. und ihren Gläubigern für den Betroffenen fremd. Sie werden auch nicht etwa dadurch, daß dem Betroffenen die Geschäftsführungsbefugnis übertragen wurde, zu dessen **eigenen** Rechtsangelegenheiten. Er wurde hierdurch nicht, wie etwa der Geschäftsführer einer GmbH, zu einem für die juristische Person handelnden Organ (vgl. hierzu BGH, NJW 1963, 441), sondern trat nur im wirtschaftlichen Interesse seiner Auftraggeberin auf. Ob er die einzelnen

Rechtsansprüche seiner Auftraggeberin in eigenem oder im Namen der Auftraggeberin geltend machte – das Urteil schweigt hierzu –, spielt keine Rolle. Entscheidend ist, daß er hier nicht etwa in abhängiger Stellung als Arbeitnehmer, sondern als selbständiger Unternehmer handelte und seine eigene Rechtsposition durch die angeführte Schuldenregulierung nicht betroffen wurde.

Der Betroffene kann sich auch nicht erfolgreich auf Art. 1 § 6 Abs. 1 RBerG berufen. Nach dieser Bestimmung sind **die Vorschriften des Rechtsberatungsgesetzes nicht auf Angestellte anwendbar**, die Rechtsangelegenheiten ihrer Dienstherrn erledigen, oder die bei Personen oder Stellen der in den Art. 1 §§ 1, 3 und 5 RBerG bezeichneten Art beschäftigt sind und im Rahmen dieses Anstellungsverhältnisses Rechtsangelegenheiten erledigen. Art. 1 § 6 Abs. 1 RBerG regelt somit den Rahmen, in dem der Arbeitgeber im weitesten Sinne des Wortes – hier die Firma H. – sich eines Dritten zur Betätigung in Rechtsangelegenheiten bedienen darf, ohne selbst gegen das Rechtsberatungsgesetz zu verstoßen (Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz, RBerG, 8. Aufl., Rdn. 471). Die Anwendung des Art. 1 § 6 Abs. 1 RBerG scheidet aus, weil der Betroffene nicht als weisungsgebundener Angestellter der Firma H., sondern als bevollmächtigter selbständiger Unternehmer tätig wurde.

Auch die Voraussetzungen des **Art. 1 § 5 RBerG** liegen nicht vor. Nach dieser Bestimmung stehen die Vorschriften des Rechtsberatungsgesetzes dem nicht entgegen, daß kaufmännische oder sonstige gewerbliche Unternehmen für ihre Kunden rechtliche Angelegenheiten erledigen, **die mit einem Geschäft ihres Gewerbebetriebs in unmittelbarem Zusammenhang stehen**. Diese Vorschrift stellt eine Ausnahmeregelung vom gesetzlichen Erlaubniszwang des Art. 1 § 1 RBerG dar. Der Grund für diese Bestimmung liegt darin, daß sich zahlreiche Berufe ohne eine gleichzeitige rechtliche Beratung der Kunden nicht sachgerecht ausüben lassen, und diesen Unternehmen die Ausübung ihres Berufs nicht deshalb unmöglich gemacht werden soll, weil hiermit gleichzeitig eine rechtliche Tätigkeit verbunden ist (BGH, NJW 1988, 561/562). Sowohl in der Rechtsprechung (BGH, NJW 1988, 561/563; BayObLG vom 20. II. 1990 – 3 Ob OWi 133/90) wie auch in der Literatur (Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz, RBerG Rdn. 383) ist aber anerkannt, daß der Begriff des **unmittelbaren Zusammenhangs** in dieser Bestimmung eng auszulegen ist. Demnach ist ein unmittelbarer Zusammenhang im Sinn des Art. 1 § 5 Nr. 1 RBerG nur gegeben, wenn ohne die Einbeziehung einer Rechtsberatung eine ordnungsgemäße Erledigung der eigentlichen Aufgaben des Unternehmens nicht möglich ist, d. h. die eigentliche unternehmensberatende Tätigkeit nicht ordnungsgemäß erledigt werden kann (BGH, NJW 1988,

561/563; Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz, RBerG Rdn. 392). Diese Voraussetzungen sind hier nicht gegeben. Es gehört schon begrifflich nicht zur Tätigkeit eines Unternehmensberaters, sich mit den Gläubigern seines Vertragspartners auseinanderzusetzen und Verhandlungen zur Regulierung von dessen Schulden zu führen.

Ein nur allgemeiner Zusammenhang mit der Tätigkeit eines Unternehmensberaters genügt nicht. **Betriebswirtschaftliche und rechtliche Beratung** stehen nämlich grundsätzlich selbständig und gleichrangig nebeneinander. Würde man alle rechtlichen Maßnahmen zur Realisierung eines umfassenden betriebswirtschaftlichen Konzepts als bloße Hilfstätigkeiten eines Unternehmensberaters anerkennen, so würde hiermit praktisch ein weiterer rechtsbesorgender Beruf geschaffen, der im Hinblick auf fehlende **staatliche Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften** nicht die Gewähr für die unentbehrliche Sachkunde und Zuverlässigkeit bieten könnte, die von einem rechtsbesorgenden Beruf gefordert werden muß (vgl. hierzu BGH, NJW 1988, 561/562; Berger, NJW 1990, 2355).

Ob der Auffassung des Oberlandesgerichts Hamm (NJW-RR 1989, 1061) gefolgt werden kann, daß Verhandlungen durch ein auf die **Beratung von ärztlichen Existenzgründungen** spezialisiertes Unternehmen mit einem Praxisvermieter als Nebenleistung anzusehen seien, braucht hier nicht entschieden zu werden, da dem vorliegenden Verfahren ein gleichartiger Sachverhalt nicht zugrunde liegt.

Obwohl der Senat somit hinsichtlich der Beurteilung des objektiven Tatbestands mit dem Amtsgericht übereinstimmt, kann das angefochtene Urteil nicht bestehen bleiben.

Ausweislich der Urteilsgründe hat sich der Betroffene damit verteidigt, er sei davon ausgegangen, daß seine Tätigkeit im Hinblick auf die Übertragung der Geschäftsführungsbefugnis nicht unter die Erlaubnispflicht des Rechtsberatungsgesetzes falle, und damit einen **Verbotsirrtum** geltend gemacht. Mit diesem unter Umständen für den Verfahrensausgang wesentlichen Gesichtspunkt hat sich das Amtsgericht in den schriftlichen Urteilsgründen nicht auseinandergesetzt. Es bleibt deshalb offen, ob es dieses Vorbringen des Betroffenen, gegebenenfalls aus welchen Gründen, für widerlegt angesehen, oder ob und gegebenenfalls aus welchen Gründen es einen etwaigen Verbotsirrtum für vermeidbar angesehen hat.

Weiterführende Hinweise:

BGH Urf. v. 9.10.1986 – I ZR 138/84 – GI 1987, 13 = JZ 1987, 466 m. Anm. Ahrens = WM 1987, 83 betr. Steuerberatung durch Unternehmensberater; LG Mosbach GI 1987, 12 – Leitsatz – betr. Schuldenregulierung

Haftung des Steuerberaters

- Schaden
 - Vermögenslage bei pflichtgemäßem Handeln
 - Erhebung der Verjährungseinrede
- (OLG Hamburg Urt.v. 25.1.1991 – 1 U 82/90)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Der Mandant hat keinen Anspruch durch die Schadenersatzleistung bessergestellt zu werden, als er nach pflichtgemäßem Handeln des Steuerberaters gestanden hätte. (hier: überhöhte Steuerrückzahlung des Finanzamtes, Zinsschaden des Mandanten)
2. Die Erhebung der Verjährungseinrede verstößt gegen Treu und Glauben, wenn der Steuerberater auf den Vorschlag des Anspruchstellers, ein Schiedsgutachten einzuholen, eingeht und mitteilt, wegen der Kosten des Gutachters die Haftpflichtversicherung befragt zu haben.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist nur begründet, soweit die Klägerin sich dagegen wendet, daß das Landgericht auch den Anspruch auf Ersatz der in der Zeit vom 13.1.1986 bis 17.4.1986 entstandenen Zinsschäden versagt hat.

1. Auch nach Auffassung des Senats hat der Beklagte sich gegenüber der Klägerin durch schuldhaft vertragswidriges Verhalten schadenersatzpflichtig gemacht. Die Schadenersatzpflicht ergibt sich zumindest daraus, daß der Beklagte es in vorwerfbarer Weise **unterlassen hat, die schon eingereichten (aber fehlerhaft zu hohe Steuerschuldbeträge ausweisenden) Vorsteueranmeldungen noch vor September 1985 durch eine den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechende Jahresumsatzsteuererklärung für 1984 zu korrigieren.**

Die Rüge der Klägerin, das Landgericht hätte der Zinsschadenberechnung statt eines Betrages von DM 96.093,28 einen Betrag von DM 117.822,43 zugrundelegen müssen, greift nicht durch. Zwar hatte das Finanzamt der Klägerin zunächst (17.12.1987) eine Steuerrückzahlung von DM 117.822,43 gewährt. Die Errechnung dieses Erstattungsbetrags beruhte jedoch auf Angaben des klägerischen Steuerberaters, der – wenn auch ohne Verschulden – dabei unrichtige

Angaben gemacht hatte, die im Ergebnis zu einem überhöhten Rückzahlungsbetrag geführt hatten. Eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Nachberechnung des klägerischen Steuerberaters vom Februar 1988 hat – wie die Klägerin selbst vorträgt – ergeben, daß der der Klägerin gegenüber dem Finanzamt zustehende Rückerstattungsanspruch lediglich DM 96.093,28 ausmacht. Mehr als diesen Betrag hätte die Klägerin auch nicht erhalten, wenn der Beklagte der ihm obliegenden Pflicht nachgekommen wäre, die unrichtigen Vorsteueranmeldungen unverzüglich durch korrekte steuerliche Erklärungen gegenüber dem Finanzamt zu korrigieren. **Aus dem vertragswidrigen Verhalten des Beklagten kann die Klägerin keinen Anspruch herleiten, besser gestellt zu werden, als sie im Falle pflichtgemäßen Handelns des Beklagten gestanden hätte.**

2. Ohne Erfolg tritt die Klägerin der Ansicht des Landgerichts entgegen, die Ansprüche auf Ersatz der in der Zeit von September 1985 bis 17. 4. 1986 entstandenen Zinsschäden seien verjährt. Der Beklagte kann sich jedoch gegenüber den in der Zeit 13. 1. 1986 bis 17. 4. 1986 entstandenen Zinsschadenansprüchen nicht auf Verjährung berufen (§ 242 BGB).

- a) Das Landgericht hat bei der Prüfung der Verjährungsfrage abgestellt auf den sogenannten Primäranspruch, der dem Vertragspartner aus schuldhaft vertragswidrigem Verhalten des beauftragten Steuerberaters erwachsen kann. Den zutreffenden Ausführungen des Landgerichts über die Verjährung dieses (Primär-) Anspruchs schließt der Senat sich an. Der Klägerin steht gegenüber dem Beklagten kein weiterer (sekundärer) Schadenersatzanspruch zu:

Nach der **Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs** ist ein Steuerberater verpflichtet, seinen Mandanten auf die von ihm begangenen Fehler, die sich daraus ergebenden (primären) Schadenersatzansprüche und die für diese laufenden Verjährungsfristen hinzuweisen. Unterläßt der Steuerberater schuldhaft die geschuldete Aufklärungspflicht, macht er sich erneut schadenersatzpflichtig mit der Folge, daß er den Mandanten so zu stellen hat, wie er im Falle einer richtigen Belehrung stehen würde. Da in diesem Fall nach dem normalen Gang der Dinge die Frist nicht versäumt worden wäre, wirkt sich die sekundäre Schadenersatzpflicht des Steuerberaters dahin aus, daß dem Steuerberater gegenüber dem primären Schadenersatzanspruch die Einrede der Verjährung versagt ist bzw. daß die etwa doch erhobene Verjährungseinrede an dem ihm als Replik entgegen gesetzten sekundären Schadenersatz-

anspruch des Mandanten scheitert (vgl. BGH GI 8/82 = NJW 82/1285 f., GI 13/84 = NJW 84/2204, GI 19/85 = NJW 85/1151, 1152, NJW 88/265, 266; vgl. auch OLG Köln VersR 89/1103, 1104). Diese Rechtsprechung, der sich der Senat anschließt, dient entgegen den Ausführungen (in dessen vom Beklagten zitierten Aufsatz in NJW 89/2081 ff.) nicht der Umgehung der in § 68 StBerG geregelten 3-jährigen Verjährungsfrist, sondern einer Rechtsanwendung, die in dem gebotenen Maße dem zwischen Steuerberater und Mandant begründeten besonderen Vertrauensverhältnis und damit letztlich dem Grundsatz von Treu und Glauben Rechnung trägt.

Der Grundsatz von Treu und Glauben gebietet es allerdings nicht, den Mandanten auf unabsehbare Zeit vor der Verjährungseinrede zu schützen. Deswegen ist es (entgegen den Ausführungen, a.a.O.) konsequent, daß der Bundesgerichtshof (GI 13/84 = NJW 84/2204, 205) die **Hinweis- und Belehrungspflicht des Steuerberaters nicht auch noch auf den Sekundäranspruch erstreckt** und damit die Entstehung von weiteren Folgeansprüchen (Tertiäransprüchen etc.) verneint hat.

Einen derartigen sekundären Schadenersatzanspruch kann die Klägerin der Verjährungseinrede des Beklagten jedoch nicht entgegensetzen. Nur wenn der Mandant innerhalb der für den Primäranspruch laufenden 3-jährigen Verjährungsfrist (§ 68 StBerG) keine Kenntnis vom Regreßanspruch und dessen Verjährungsfrist erhält, gebietet es der dem Mandanten zustehende Vertrauensschutz, ihn durch die Gewährung des Sekundäranspruchs vor der Verjährungseinrede zu schützen (vgl. BGH GI 13/84 = NJW 84/2204 und GI 19/85 = NJW 85/1551, 1552). Verjährung

der Ansprüche auf Ersatz der in der Zeit ab September 1985 fortlaufend entstehenden Zinsschäden (vgl. BGH GI 1986, 27 = NJW 86/1162, 1163) wäre ab September 1988 eingetreten. Die Klägerin hatte bereits im Dezember 1987 Kenntnis von der Schadenersatzpflicht des Beklagten. Denn in jenem Monat hatte sie den Beklagten auf den entstandenen Schaden hingewiesen und Regreßansprüche angemeldet (so ihr Vortrag in der Klageschrift, dort Bl. 6). Damit war für den Beklagten die **Belehrungspflicht über die Entstehung eines gegen ihn gerichteten Schadenersatzanspruchs entfallen, nicht aber auch schon die Pflicht zur Belehrung über den Lauf der Verjährung dieses Anspruchs** (vgl. BGH a.a.O.).

Ob die Schutzwürdigkeit der Klägerin und damit die Verpflichtung des Beklagten zur Belehrung der Klägerin auch über den Verjährungsablauf bereits von dem Zeitpunkt an entfallen war, in dem die Klägerin den Steuerberater eingeschaltet hatte, kann dahinstehen (vgl. dazu Späth, Zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters, Rn 459). Denn die Pflicht des Beklagten zur Belehrung über die Verjährungsfrage war spätestens

entfallen, als die Klägerin im Februar 1988 – und damit noch vor Ablauf der Verjährungsfrist – einen Anwalt mit der Geltendmachung der ihr gegenüber dem Beklagten zustehenden Regreßansprüche beauftragte (vgl. BGH NJW 82/1288, 1289; GI 13/84 = NJW 84/2204; NJW 88/265, 265). Da der Beklagte infolge des Anschreibens des klägerischen Anwalts vom 22.2.1988 von der Einschaltung des Anwalts wußte, konnte und durfte er davon ausgehen, daß der Anwalt das Mandat umfassend wahrnehmen, die Klägerin also auch über den Verjährungsablauf belehren würde (vgl. Späth a.a.O. Rn 458).

- b) Gegenüber den in der Zeit 13.1.1986 bis 17.4.1986 entstandenen Ansprüchen auf Ersatz von Zinsschäden ist es dem Beklagten jedoch mit Rücksicht auf Treu und Glauben verwehrt, sich auf Verjährung zu berufen. Auch wenn der Zweck der Verjährungseinrede es gebietet, einen strengen Maßstab anzulegen und deswegen gegenüber der Einrede den Einwand unzulässiger Rechtsausübung nur bei einem groben Verstoß gegen Treu und Glauben durchgreifen zu lassen (vgl. BGH NJW 88/265, 266), liegen diese Voraussetzungen hier ab 13.1.1989 doch vor: Mit seinem am 13.1.1989 der Klägerin zugegangenen Schreiben vom 12.1.1989 war der Beklagte auf die Anregung der Klägerin eingegangen, **sich wegen der strittigen Forderung dem Schiedsgutachten eines Wirtschaftsprüfers zu unterwerfen**, indem er der Klägerin mitteilte, daß er sich **wegen der Kostenübernahme eines möglichen Schiedsgutachtens an seine Haftpflichtversicherung gewendet habe**. Daraus konnte und durfte die Klägerin entnehmen, daß der Beklagte grundsätzlich mit dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden sei, dessen Durchführung nur noch von der Zustimmung der Versicherung abhängig machen wolle und sich gegenüber den im Zeitpunkt des Zugangs seines Schreibens vom 12.1.1989 noch nicht verjährten Ansprüchen der Klägerin nur mit sachlich-rechtlichen Argumenten zur Wehr setzen werde. Demgegenüber bedeutet die jetzt erhobene Verjährungseinrede einen groben Verstoß gegen Treu und Glauben.

Soweit es jedoch die Ansprüche für die Zeit September 1985 bis 12.1.1986 anbelangt, greift die Verjährungseinrede des Beklagten durch. Denn bis zum 13.1.1989 hatte der Beklagte durch sein Verhalten der Klägerin keinen Grund zur Annahme gegeben, daß er deren Ansprüche nur mit sachlich-rechtlichen Einwendungen bekämpfen werde. Aus der von der Klägerin vorgelegten oder zitierten vorgerichtlichen Korrespondenz ergibt sich nicht, daß der Beklagte in irgendeiner Weise das Vertrauen hervorgerufen haben könnte, er werde sich nicht auf Verjährung berufen. Allein der Umstand, daß er den Schriftwechsel

mit der Klägerin schleppend führte und definitive Antworten hinausschob, reicht dazu nicht aus.

3. Ausgehend von einem Betrag von DM 96.093,28 ergibt sich bei Übernahme des von der Klägerin unwidersprochen vorgetragenen Zinssatzes von 7,75 %, daß die Klägerin als Ersatz der vom 13.1. bis 17.4.1986 (= 95 Tage) entstandenen Zinsschäden DM 1.965,24 nebst 4 % Zinsen ab 15.3.1988 verlangen kann. Einschließlich der vom Landgericht bereits zuerkannten DM 9.440,49 hat der Beklagte mithin insgesamt DM 11.405,73 an die Klägerin zu zahlen.

GI Hinweise

Der Gerlach Verlag, Oberursel, hat als neues Informationsmedium das RPK-Jahrbuch 1991 herausgegeben. (140 Seiten, DIN A4, 98,- DM, ISBN 3-88970-060-8)

Durch das Jahrbuch 1991 werden Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Anwälte, die im Bereich der Finanzdienstleistung beratend oder gestaltend tätig sind, über die Rechtsprechungsentwicklung 1991 informiert. 105 Urteile werden zu 23 Themen kurz kommentiert. Themen sind u. a.: Anlagevertrieb: Rechte, Pflichten, Haftung; Abgeschlossenheitsbescheinigung, Bank: Rechte, Pflichten, Haftung; Wettbewerbsverbot, Verträge, AGB etc.

Daneben enthält das Jahrbuch Übersichtsdarstellungen zu folgenden Themen: § 264 a StGB (Kapitalanlagebetrug), Bankenhaftung bei Emissionen und Vertrieb von Anlageprodukten und bei Finanzierung von Kapitalanlagen, § 4 UWG, ein Schutzgesetz im Sinne § 823 Abs. 2 BGB? Die Werbung mit der Unabhängigkeit, Warentermingeschäfte, Verjährungsproblematik bei unzutreffenden Prospektangaben.

Das Jahrbuch hilft gekonnt, die kaum zu überblickende Rechtsprechungsentwicklung „im Griff zu halten“. Das neue Produkt des Gerlach Verlags wird mit Sicherheit eine gute Zukunft haben.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–8, 1991)

Allgemeine Geschäftsbedingungen		Bilanzberichtigung	
– Ausschluß d. Kündigungsrechts	91, 42	– Anerkenntnis?	91, 72
Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB) (s. auch Versicherungsschutz)		Bindungswirkung	
– wissentliche Pflichtverletzung		– belastender Steuerbescheid	91, 116
= Kausalitätsprüfung	91, 38	Buchführungsauftrag	
= Wirksamkeit, AGBG	91, 41	– Belehrungspflichten	
Anerkenntnis		= Kassenbuch	91, 85
– d. Bilanzberichtigung?	91, 72	– Kontierung	
Arglistenwand		= Belegaussage	91, 99
– gegenüber Verjährungseinrede	91, 211	– Prüfung d. Unterlagen	91, 147
Aufrechnungsverbot		– Umbuchungen	91, 156
– § 19 GmbHG	91, 164	Buchhaltungsunterlagen	
Auseinandersetzung		– Aufforderung zur Vorlage	91, 85
– Wertpapierdepot v. Eheleuten	91, 170	Darlegungslast f. Regreßanspruch (s. auch Beweislast)	
Auskunftsvertrag		– Bilanzfehler	91, 156
– stillschweigender Abschluß		– Buchungsfehler	91, 156
= Verdienstbescheinigung	91, 62	Dienstvertrag	
Bankhaftung		– Steuerberatungsvertrag	91, 8, 12
– Darlehensvollmacht, Eheleute	91, 170	Dritthaftung	
– Haftung d. Ehefrau		– Erklärungen d. RA	91, 132
b. Betriebskredit	91, 170	– Verhandlungsgehilfe	
– Haftungsbeschränkung, grobes Verschulden	91, 114	d. Mandanten	91, 132
Bauherrenmodell		– Vertrag m. Schutzwirkung zugunsten Dritter	
– Grunderwerbsteuer	91, 3	= Bewertung	91, 68
Belehrungspflicht d. StB, Wp, RA		= Bilanzerstellung	91, 109
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit		= Gesellschaftsgründung	91, 109
= vergebliche Belehrungen	91, 28	= Testat	91, 68
= Belehrung d. Vorberater	91, 28	– Verschulden	
– ungefragte –		b. Vertragsverhandlungen	91, 132
= Zweifel d. Steuerberaters	91, 63	Durchgriffshaftung (s. Geschäftsführer Wp/StB-GmbH)	
– Beweislast	91, 114	Feststellungsklage	
Beweislast		– negative –	91, 187
– f. unterlassene Aufklärung/ Belehrung	91, 114	Firma	
– f. Fehlberatung	91, 72	– GbR (mit beschränkter Gesellschafterhaftung)	91, 84
– f. Rücknahme d. Rechtsbehelfs	91, 77	– Zusatz „Revision“	91, 170

Fristenkontrolle

- Ausgangskontrolle 91, 84
- Fristüberwachung durch RA 91, 114
 - = Fristverlängerung o. Akte 91, 201
 - = Gerichtsferien 91, 201
- Fristversäumnis, verschuldete -
 - = Akte an Bürovorsteher 91, 170
 - = Brief an unzuständiges Gericht/FA 91, 114
- Weisung an Bürokräft 91, 84
 - = mündliche Weisung 91, 201

Gesamtschuld

- mit Architekt 91, 189

Geschäftsführer Wp/StB-GmbH

- Haftung des - 91, 52

Gewinn (entgangener, § 252 BGB)

- Darlegungslast 91, 42
- rechtswidrige Kündigung d. StB-Vertrages 91, 42

GmbH

- Einzahlungsmanipulation 91, 98
- Schaden
 - = Verlust d. Stammeinlagen 91, 161
- Stammeinlage
 - = Umbuchung d. Darlehensforderung 91, 161
- verdeckte Gewinnausschüttung
 - = Schaden 91, 150

Grunderwerbsteuer

- Änderung d. Rechtsprechung 91, 144
- bei Bauherrengemeinschaft 91, 3
- Grundstücksbeschaffungskosten 91, 144

Haftungsbeschränkung

- auf grobe Fahrlässigkeit 91, 114

Honoraranspruch d. StB

- Aufrechnung mit Schadenersatzanspruch
 - = in zweiter Instanz 91, 8
- Änderung der Rechnung 91, 32
- Buchführung
 - = Gebühr nach Zeitabschnitten 91, 32
 - = Grundstücksverwaltungen, § 33 StBGebV 91, 16
 - = monatliche Ratenzahlungen 91, 66
- Einforderbarkeit
 - = Rahmengebühr 91, 66

- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV

- = Gegenstandswert 91, 14
- = Hinweis auf Gebühren-vorschrift 91, 18
- = Mitteilung der Rechnung 91, 15
- = Zeitgebühren 91, 14, 15
- Erfolgshonorar 91, 58
- Fälligkeit, § 7 StBGebV
 - = Buchführungshonorar 91, 22
- für nicht erbrachte Leistungen 91, 147
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV
 - = Mittelgebühr
 - = Darlegungslast 91, 66
- entgangener Gewinn 91, 42
- vermeidbarer - 91, 19
 - = keine Bilanzierungspflicht 91, 19
- Lohnkosten, § 34 StBGebV 91, 16
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV 91, 15
- Zeitgebühren
 - = f. Nachbesserungsarbeiten 91, 161
 - = für Nichtstun 91, 14, 15

Kausalität

- zwischen Pflichtwidrigkeit u. Schaden
 - = Unterbrechung d. Kausal-zusammenhangs 91, 158

Klageauftrag

- Belehrung über Klageaussichten 91, 114

Klageerhebung

- bei unzuständigem Gericht 91, 114

Konkursantragspflicht, § 130 a HGB

- Pflicht der Gesellschaftsorgane 91, 101

Minderkaufmann

- Lebensmitteleinzelhandel 91, 20
- Pflicht zur Buchführung u. Bilanz 91, 20

Mitverschulden

- kapitalersetzende Gesellschafterdarlehen 91, 23
- d. Kreditgebers
 - = Verdienstbescheinigung 91, 62
- Prüfung d. Bilanz
 - = durch GmbH-Geschäftsführer 91, 24
 - = Stammkapitalforderung 91, 23

Nachbesserung

- Kosten der - 91, 32
- Nachbuchungen 91, 32
- Stundenhonorare, angemessene 91, 161
- Wechsel d. StB 91, 144

Neue Bundesländer		
– Rückübertragung u. Umbauarbeiten	91, 200	
Notar		
– Einsicht in Flurkarte	91, 84	
– Vollzug, verzögerter	91, 2	
Prospekthaftung		
– Änderung d. Rechtsprechung = Grunderwerbsteuer	91, 144	
– zugesicherte Eigenschaft	91, 144	
– Grunderwerbsteuer	91, 144	
– vorgesehene Nutzung	91, 144	
Provisionsgeschäfte		
– Rückforderung der Provison	91, 145	
– Zahlung an Strohmännchen	91, 145	
Rechtsanwalt		
– Beratungspflichten = Kündigung, Versendungsart	91, 144	
– Kündigungsschutzklage = Konkursausfallgeld	91, 62	
– Unterhaltsklage	91, 2	
– Verspätungseinwand, § 282 ZPO	91, 2	
Rechtsberatung		
– d. Angestellte, Art. 1 § 6 Abs. 1	91, 209	
– d. Gewerbetreibenden, Art. 1 § 5 = unmittelbarer Zusammenhang	91, 209	
– d. Unternehmensberaters	91, 207	
– d. Wirtschaftsprüfers, Art. 1 § 5 Nr. 2 = Vertragsformulierung	91, 57	
– d. Wirtschaftsberatung	91, 57	
– d. Wohnungsverwalters	91, 200	
Regreßprozeß		
– negative Feststellungsklage	91, 49	
– Sachverständigengutachten = Urkundenvorlage	91, 63	
Schaden		
– vermeidbares Steuerberatungshonorar	91, 19	
– Steuervorteile = rechtswidrige –	91, 62, 211	
– verdeckte Gewinnausschüttung	91, 150	
– Verspätungszuschläge	91, 85	
Schätzung (§ 162 AO)		
– Schaden = Bindung an Erklärung in Schlußbesprechung	91, 77	
Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB		
– vorsätzliche Schädigung	91, 132	
StB-GmbH, Wp-GmbH		
– faktischer Geschäftsführer	91, 5	
Sozietät		
– Haftung d. ausgeschiedenen Sozies	91, 205	
– überörtliche –	91, 84	
– unzulässige Bezeichnung	91, 84	
Steuerberaterkammer		
– Beantwortung von Anfragen	91, 5	
Steuerberatungsgesetz		
– § 5 = Kontieren	91, 32	
– § 57 = Werbeverbot, Stellenanzeigen	91, 74	
Steuerberatungsvertrag		
– Auflösung des – = fristlose Kündigung, § 627 BGB	91, 42	
– pauschaler Schadenersatz	91, 147	
Steuergestaltungsberatung		
– RKW-Gutachten	91, 101	
– Saldierung der Vor- u. Nachteile	91, 2	
– Umwandlung	91, 101	
Treuhänder		
– Änderung d. Rechtsprechung	91, 115	
– Dritthaftung	91, 132	
– Gesamtschuld = Regreß-/Ausgleichsanspruch	91, 124	
– Haftungsausschluß f. steuerliche Folgen	91, 115	
– Haftungsbeschränkung = subsidiäre Haftung	91, 115	
– unmittelbarer Vermögensschaden	91, 115	
– Planabweichung = Nutz-/Wohnfläche	91, 123	
– Schaden = bei Flächenverminderung	91, 123	
– Verflechtungshinweis	91, 128	
– freiberufliche Tätigkeit, § 18 EStG	91, 84	
– Überwachung d. Abwicklung = wg. d. Steuervorteile	91, 115	
– Verhandlungsgehilfe d. Mandanten	91, 132	

- Verjährung von Regreßansprüchen		= Bauherrenverträge	91, 138
= Sekundäranspruch	91, 138	= Bilanzaushändigung	91, 14
= Verjährungsbeginn,		= Bilanzfehler	91, 24
Bauherrenverträge	91, 138	= Erwerb v. Eigentumswohnungen	91, 194
= Wirtschaftsprüfer	91, 138	= Fehlbuchung, Stammkapital-	
- Verflechtungen d. Treuhänders	91, 128	forderung	91, 24
- Zweckerreichung	91, 123	= fehlerhafte Gestaltungsberatung	91, 183
Umwandlung		= Kauf v. Unternehmensanteilen	91, 49
- RKW-Gutachten	91, 101	= Steuerberaterhonorar,	
- Schuldübernahme	91, 101	vermeidbares	91, 19
Unterbrechung d. Verjährung		Verschulden bei Vertragsverhandlungen	
§ 209 BGB		- d. RA	91, 132
- FG-Verfahren	91, 192	Versicherungsleistung	
Unterhaltsklage		- Rückforderung	91, 92
- Streitwertgestaltung	91, 2	Versicherungsschutz	
Unternehmensberater		- Ansprüche gegen Versicherer	91, 2
- Schuldenregulierung,		- wissentl. Pflichtverletzung	91, 33
Rechtsberatung	91, 207	= Kausalität	91, 38
Verdeckte Gewinnausschüttung		= Provisionsvereinbarung	91, 33
- Schaden		= Wirksamkeit, AGBG	91, 41
= Steuervorteile	91, 150	- Zahlungsanspruch	91, 2
Verdienstbescheinigung	91, 62	Verspätungszuschläge	
Verjährung (§ 51 BRAO)		- Schaden	91, 85
- Belehrungspflicht ü. Fehler		Vorteilsausgleich	
u. Verjährungsvorschrift,		- aufgedrängte Steuerberaterleistung	91, 21
Sekundäranspruch		Wohnungsverwalter	
= nach Anspruchserhebung	91, 200	- Prozeßführung, Rechtsberatung	91, 200
Verjährung (§ 51 a WPO)			
- Treuhand	91, 138	BGH v. 21. 6. 1988 – VI ZB 14/88	91, 170
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)		BGH v. 3. 7. 1989 – StbSt (RI) 14/88	91, 5
- Arglisteinwand s. d.	91, 213	= wistra 1990, 60	
- Art d. Berufstätigkeit	91, 49	BGH v. 19. 12. 1989 – IX ZR 29/89	91, 2
= Treuhänder	91, 138	= VersR 1990, 866	
- Bekanntgabe Steuerbescheid	91, 192	BGH v. 17. 5. 1990 – IX ZR 85, 89	91, 132
- Belehrungspflicht ü. Fehler u.		= NJW 1991, 32	
Verjährungsvorschrift, Sekundär-		= WM 1991, 1554	
anspruch		BGH v. 26. 9. 1990 – IV ZR 147/89	91, 33
= Inhalt	91, 171	= BB 1990, 2362	
= keine –		BGH v. 28. 11. 1990 – XII ZR 130/89	91, 92
Treuhänder, Wp	91, 138	BGH v. 18. 12. 1990 – XI ZR 176/89	91, 145
= Wiederholung d. Fehlers	91, 171	= VersR 91, 558	
- Verjährungsbeginn		= StB 91, 219	
= Außenprüfung, Korrektur d. BGH	91, 171	BGH v. 16. 1. 1991 – VII ZR 14/90	91, 128
= Außenprüfung		= RPK U 1023/91	
ohne Schlußbesprechung	91, 188	= WM 1991, 695	

BGH v. 17.1.1991 – VII ZR 143/89 = WM 1991, 769	91, 124	OLG Düsseldorf v. 6.12.1990 – 18 U 123/90 = StB 91, 222	91, 156
BGH v. 22.1.1991 – XI ZR 111/90 = RPK U 1022/91	91, 170	OLG Düsseldorf v. 13.12.1990 – 18 U 122/90	91, 161
BGH v. 24.1.1991 – IX ZR 121/91 = WM 1991, 743	91, 205	OLG Düsseldorf v. 16.5.1991 – 13 U 15/91	91, 188
BGH v. 31.1.1991 – IX ZR 124/90 = WM 1991, 814	91, 85	OLG Frankfurt v. 28.3.1990 – 17 U 181/88 = NJW RR 1991, 154	91, 84
BGH v. 6.2.1991 – VIII ZR 26/90 = VersR 91, 562	91, 115	OLG Hamburg v. 5.4.1989 – 5 U 44/86	91, 49
BGH v. 19.2.1991 – VI ZB 2/91	91, 201	OLG Hamburg v. 25.1.1991 – 1 U 882/90	91, 211
BGH v. 4.4.1991 – IX ZR 215/90	91, 171	OLG Hamm v. 16.12.1988 – 25 U 10/88	91, 72
OLG Bamberg v. 14.2.1990 – 3 U 103/89 = WPK-Mitteilung 1990, 288	91, 170	OLG Hamm v. 7.7.1989 – 25 U 243/88	91, 194
OLG Düsseldorf v. 2.11.1989 – 8 U 232/88 rkr. = EWiR § 675 BGB 2/90, 39 (A. Junker)	91, 32	OLG Hamm v. 16.10.1989 – 23 U 1/89	91, 68
OLG Düsseldorf v. 15.3.1990 – 18 U 207/89 = StB 1990, 205	91, 18	OLG Hamm v. 17.10.1990 – 25 U 57/89	91, 192
OLG Düsseldorf v. 22.3.1990 – 2 U 83/89 = NJW 1990, 2133	91, 84	OLG Hamm v. 23.11.1990 – 25 U 244/89	91, 62
OLG Düsseldorf v. 3.5.1990 – 18 U 209/89 rkr.	91, 63	bestätigt LG Paderborn Urt.v. 19.10.1989 – 3 O 304/89, GI 1990, 40	
OLG Düsseldorf v. 28.5.1990 – 18 U 29/90 rkr.	91, 8	OLG Hamm v. 5.3.1991 – 8 U 107/89 rkr = RPK U 1025/91	91, 170
OLG Düsseldorf v. 13.6.1990 – 6 U 234/89 rkr. = RPK U 1019/91	91, 114	OLG Hannover v. 1.3.1990 – 44 StL 1/91 rkr.	91, 74
OLG Düsseldorf v. 21.6.1990 – 18 U 33/90 = StB 1990, 312	91, 15	OLG Karlsruhe v. 24.5.1989 – 6 U 51/88	91, 101
OLG Düsseldorf v. 28.6.1990 – 18 U 29/90 rkr.	91, 12	OLG Karlsruhe v. 12.9.89 – 8 U 180/87 rkr. nach Nichtannahme- beschluß des BGH v. 21.3.1991 = RPKU 1.037/91	91, 144
OLG Düsseldorf v. 31.10.1990 – 18 U 99 u. 113/90 rkr.	91, 66	OLG Koblenz v. 5.9.1989 – 3 U 174/88 rkr. nach Nichtannahme- beschluß des BGH v. 14.3.1991 = RPK U 1.036/91	91, 144
OLG Düsseldorf v. 15.11.1990 – 18 U 242/88	91, 150	OLG Köln v. 25.4.1990 – 27 U 180/89 = VersR 1990, 674	91, 2
OLG Düsseldorf v. 22.11.1990 – 18 U 191/90	91, 42	OLG Köln v. 28.9.1990 – 11 U 41/90	91, 147
OLG Düsseldorf v. 22.11.1990 – 18 U 104/90 rkr	91, 98	OLG Köln v. 12.12.1990 – 27 U 72/90	91, 183

OLG Köln v. 12. 4. 1991 – 11 U 41/90	91, 144	BezG Magdeburg v. 14. 3. 1991	
OLG München v. 12. 4. 1990		– 4 S 2/91 rkr.	91, 200
– 6 U 5905/89;		= ZIP 1991, 546	
WPK-Mittlg. 1990, 278			
= BB 1990, 875	91, 84		
OLG München v. 15. 5. 1990		LAG Frankfurt v. 27. 2. 1991	
– 1 U 3482/90	91, 114	– 9 Ta 301/90	91, 114
= NJW RR 1991, 191			
OLG München v. 18. 12. 1990		BAG v. 9. 1. 1990	
– 3 Ob OWi 132/90	91, 207	– 3 AZR 528/89; NJW 1990, 2707	91, 84
OLG Nürnberg v. 15. 11. 1990		AG Siegburg v. 3. 9. 1987 – 7 C 171/87	91, 62
– 8 U 387/90	91, 144	= NJW RR 1989, 155	
= NJW RR 1991, 414		BFH v. 1. 2. 1990 – IV R 42/89;	
		= BB 1990, 1254	91, 84
KG Berlin v. 19. 12. 1990			
– 24 W 5932/90	91, 200		
= AnwBl 1991, 348			
LG Bielefeld v. 5. 7. 1990 – 22 O 101/90	91, 2		
LG Bonn v. 5. 2. 1990 – 6 S 442/89	91, 2		
= Juristisches Büro 1990, 1317			
LG Hagen v. 21. 10. 1989			
– 19 O 211/88	91, 200		
= NJW RR 91, 541			
LG Hof v. 23. 1. 1990 – 1 O 328/89	91, 77		
LG Karlsruhe v. 21. 8. 1990			
– 2 O 313/89	91, 28		
LG Kassel v. 21. 2. 1989			
– 3 O 578/88 rkr.	91, 29		
LG Kleve v. 5. 12. 1990			
– 2 O 203/90	91, 62		
LG Köln v. 27. 9. 1990			
– 1 S 173/90	91, 114		
= NJW RR 1991, 184			
LG Limburg v. 11. 4. 1990			
– 2 O 125/88	91, 2		
= VersR 1990, 1114			
LG Mannheim v. 14. 8. 1990			
– 9 O 136/90	91, 138		
= KaRS 1991, 159			
LG Mönchengladbach v. 24. 4. 1990			
– 6 O 3/89 n. rkr.	91, 2		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7318
Telefax: (02 21) 144-5127

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.